

## Schwachgespart?



**Europa und seine Wirtschaft schwächeln. Wachstum hat derzeit Pause. Ein Grund dafür ist der Mangel an öffentlichen Investitionen in vielen europäischen Staaten. Sparen um jeden Preis hat als Modell versagt. Worum es jetzt geht, sind nicht höhere Schulden, sondern größere Spielräume.**

Von zu wenig öffentlichen Investitionen sind kleine Volkswirtschaften – wie auch jene Österreichs – besonders stark betroffen. Umso mehr muss die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt und Anreize für private Investitionen unserer Unternehmen geschaffen werden. Die Exporte aber hängen ganz stark von der wirtschaftlichen Dynamik Europas ab. Wenn in der EU das Wachstum ausbleibt, so beeinträchtigt das unsere Exporte. Andere Volkswirtschaften wie die USA haben sich aus der großen Krise 2008/2009 – der schärfsten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren – herausinvestiert. In Europa hat der einseitige Blick aufs Sparen und die Vernachlässigung von Investitionen letztlich dazu geführt, dass wir im Jahr 2015 noch immer geringere Investitionen hatten als vor der Krise 2008/2009 und das Wirtschaftswachstum entsprechend schwach war. Auf die Frage, wie man Europa wieder auf Wachstumskurs bringt, gibt es für uns nur eine klare Antwort: Es braucht mehr Investitionen.

### **Mehr als nur eine Empfehlung**

Öffentliche Investitionen kurbeln von allen fiskalpolitischen Maßnahmen die

## **Wir müssen öffentliche Investitionen unternehmerischer denken.**

Wirtschaft am stärksten an. Besonders hoch ist der Multiplikator, wenn die konjunkturelle Lage schlecht ist und die Geldpolitik in Reaktion auf die höheren Staatsausgaben nicht die Zinsen anhebt (wovon gegenwärtig auszugehen ist). Arbeitslosigkeit lässt sich so am effizientesten bekämpfen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung geführt und ihre Bewältigung verursacht immer noch hohe Kosten, was die budgetären Spielräume vieler Staaten für Investitionen einschränkt. Die Budgetregeln der EU verpflichten die Mitgliedstaat-

ten zu einer raschen Konsolidierung und zu einem Abbau der Schulden, was in vielen Ländern nachweislich zu Kürzungen bei Investitionen geführt hat. Das aktuell sehr niedrige Zinsniveau bietet eine günstige Gelegenheit für mehr Investitionen, die aber aufgrund der starren Budgetregeln nicht genutzt werden kann. Das ist gegen jede ökonomische Rationalität. Würde nicht jedes vernünftige Unternehmen investieren, wenn der Ertrag der Investitionen (im Fall von öffentlichen Investitionen: nachhaltiges Wirtschaftswachstum) deutlich höher ist als die Kreditzinsen, die es dafür zu zahlen hat?

Es gibt mittlerweile vom IWF über die OECD bis hin zu Empfehlungen von Ratingagenturen eine klare Meinung zur der aktuellen Wachstumsschwäche Europas. Dazu sagte etwa Standard & Poor's bereits vor geraumer Zeit: »Daher glauben wir, dass ein Reformprozess, der einseitig auf fiskalischen Sparmaßnahmen beruht, unwirksam sein könnte, indem die Inlandsnachfrage in gleichem Maße sinkt wie die Sorge der Verbraucher um Arbeitsplätze und ihre verfügbaren Einkommen steigt und damit die nationalen Steuereinnahmen erodieren«.

### **Ganz klar**

Folglich soll die EU ihre Sparpolitik überwinden und die Wirtschaftspolitik in Richtung Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Innovation neu ausrichten. Wir müssen fiskalpolitische Spielräume schaffen und wo welche vorhanden sind, müssen sie auch genutzt werden. Durch eine Aus-

Europa wachsen lassen.



## DAHER DER PLAN

»Sparst du eine Zeit, dann hast du eine Not«, könnte ein abgewandeltes Sprichwort lauten. Jahrelanges Festhalten am Sparen hat das Wachstum in der EU gehemmt und auch uns geschwächt. Also: weiter denken, öffentliche Investitionen tätigen und wieder für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen!

weitung der öffentlichen Investitionen soll die Wirtschaft einen Wachstumsimpuls erhalten, der zu mehr Beschäftigung führt. Wir müssen öffentliche Investitionen »unternehmerischer« denken und unser Regelwerk so gestalten, dass Zukunftsinvestitionen, die das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft stärken, nicht gleich behandelt werden wie eine beliebige (Transfer-)Ausgabe.

### Zur Umsetzung des Vorhabens schlagen wir ein Bündel an Maßnahmen vor:

- **Schaffung eines Fonds für öffentliche Investitionen (EFPI)**

Für öffentliche Infrastrukturprojekte wie Energie, Verkehr, aber auch digitale Forschungsprojekte soll ein europäischer Fonds geschaffen werden, der günstige Kredite an Mitgliedsstaaten vergibt. Dieser könnte institutionell an den bereits bestehenden Europäischen Fonds für strategische Investitionen anknüpfen. Diese Form von Investitionen soll bis zu einer bestimmten Größenordnung von den Regeln des Stabilitätspakts ausgenommen sein.

- **Flexibilisierung Stabilitätspakt**

Der Stabilitätspakt muss flexibler werden – das meint auch »Bruegel«, der Brüsseler Thinktank. Öffentliche

Investitionen sollen – wie in Unternehmen – über mehrere Jahre abgeschrieben und nicht im Jahr der Anschaffung voll verbucht werden.

**Ein Beispiel:** Eine Gemeinde baut eine neue Schule, Kostenpunkt 10 Millionen Euro. Nach den aktuell geltenden EU-Regeln können die Investitionsausgaben im besten Fall über vier Jahre verteilt werden, das heißt, das Budget wäre im besten Fall mit 2,5 Millionen Euro pro Jahr belastet. Nach dem Bruegel-Vorschlag werden die unternehmerischen Abschreibungsregeln für Neubauten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung herangezogen, für Gebäude sind das 50 Jahre. Die budgetäre Belastung reduziert sich damit auf 200.000 Euro im Jahr. Das ist weniger als ein Zehntel der aktuellen Belastung.

*Ein Ende der Sparpolitik hat nichts mit Schuldenmacherei zu tun. Niemand möchte, dass Österreich höhere Schulden macht. Vielmehr geht es darum, die Spielräume für uns und europäische Partner zu erhöhen. Mehr Wachstum in den EU-Mitgliedsstaaten heißt bessere Absatzchancen für unsere Exportwirtschaft und mehr Nächtigungen für den Tourismus. Und das heißt letztendlich mehr Wachstum für uns – und durch mehr Wachstum können auch wir unsere Schulden schneller wieder reduzieren.*